

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1946

6 (8.6.1946)

Badische Volksstimme

Mitteilungsblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirksleitung Baden

Jahrgang 1, Nr. 6

Mannheim, den 8. Juni 1946

Preis 10 Pfg.

Senat für Württemberg-Baden?

In nunmehr drei Wochen gehen wir erneut an die Wahlurne, um eine Verfassunggebende Versammlung für das Land Nordwürttemberg-Baden zu wählen. Der Hunger, die Sorge ums tägliche Brot, das Erliegen unserer Betriebe infolge Rohstoffmangels geben hierzu die Begleitmusik. Wir wollen uns doch keinen Illusionen hingeben, sondern sachlich feststellen, daß wir uns inmitten einer gefährlichen, sich steigernden, allgemeinen Krise befinden. Dazu kommt, daß die Parteien wohl erlaubt, aber in ihrem Wirken gehemmt sind. Es fehlt die Parteipresse, es fehlen die Versammlungslokale. Wahlzettel und Plakate sind rationiert.

Wir wissen, die vergangenen 12 Jahre Nazidiktatur mit ihrer Hochflut von Verleumdungen und Greuelpropaganda gegen die Kommunistische Partei wirken noch nach, ja sogenannte „antifaschistische“ Parteien benutzen diese Verleumdungen als billige Propaganda gegen die KPD.

„Neue“ Parteien, d. h. alte Parteien mit neuem Firmenschild, lehnen die Verantwortung für die miserable Politik ihrer Vorgänger ab, und doch sitzen in den „neuen“ Parteien die alten bürgerlichen Politiker von 1932. Die bisher erzielten Konjunktur-Erfolge der neugegründeten CDU gehen weit über die wirkliche Kraft dieser Partei hinaus, und ihre aufgeblähten Gewinne werden über kurz oder lang wie Spreu im Winde zerstreut. Nicht zuletzt darf übersehen werden, daß wir der Macht einer Militärregierung unterstehen.

Wenn unter solchen Umständen jetzt reaktionäre Verfassungen der süddeutschen Länder zustande kommen, so würden sie die spätere Reichsverfassung in eben diesem negativen Sinne maßgebend beeinflussen. Eine reaktionäre Verfassung in unserem Land wird den zukünftigen Gestaltern unserer Daseinsbedingungen wie Blei an den Füßen hängen, denn die Zukunft gehört den fortschrittlichen Vertretern der Werktätigen, den vereinigten Arbeiterparteien.

Die Grundlagen des Staates

So pompös betitelt sich ein Abschnitt des vom Verfassungsausschuß vorgelegten Verfassungsentwurfs für Nordwürttemberg-Nordbaden! Sind wir ein Staat? Das hat der mehrfach zitierte Prof. Nawiasky aus St. Gallen, Mitarbeiter am Verfassungsentwurf für Bayern, beantwortet. Dieser erklärt: Bayern ist ein Staat, Württemberg, Baden und Hessen sind nur Länder. Wir bedanken uns herzlich für diese Ehrung. Wird doch darin unfreiwillig zum Ausdruck gebracht, daß die Bevölkerung unseres Landes in dem geeinten Deutschen Reich zugleich ihren Staat sieht. Wir wollen im Gegensatz zu dem Größenwahnsinn der

separatistischen Herren in Bayern gerne den bescheidenen Titel „Land“ annehmen. Nur muß dem auch wirklich Rechnung getragen werden, und hier beginnen die Gegensätze zwischen Fortschritt und Rückschritt auch in unserem Lande. Wir Kommunisten sind für eine einfache demokratische Verfassung, die den augenblicklichen Zuständen wirklich entspricht. Wir sind sogar der Meinung, daß ein provisorischer, kurz gefaßter Verfassungsplan am besten der heutigen Uebergangszeit entspricht, und dieser dem erstrebten einheitlichen Deutschen Reich den Weg ebnet. Der vorliegende Entwurf ist entgegen unserer grundsätzlichen Stellungnahme im Verfassungsausschuß als „Vollverfassung“ ausgearbeitet worden. Unsere kleine Minderheit konnte es gegenüber einer von der CDU angeführten rückschrittlichen Mehrheit nicht verhindern, daß in sieben Artikeln über die Grundlagen des Staates großartige Worte geschrieben wurden. Es heißt dort wörtlich: „Die Beziehungen zu anderen Staaten werden auf der Grundlage friedlicher Zusammenarbeit unterhalten. Der Krieg ist kein Mittel der Politik...“

Haben etwa württembergisch-badische Demokraten die Absicht, mit Heugabeln Krieg gegen die bösen Bayern oder Hessen zu führen? — Wären wir doch Herrn Prof. Nawiasky gefolgt und hätten das verhängnisvolle große Wort „Staat“ für unser amputiertes Ländle vermieden. Es hätte sich dann auch erübrigt, daß der Entwurf als dritte „neutrale Gewalt“ einen „Staatspräsidenten“ und als Ministerpräsidenten einen „Staatskanzler“ vorsieht. Aber hierauf werden wir in 8 Tagen zurückkommen.

Landtag und Senat

Wir Kommunisten sagen, die zukünftige Vertretung und die gesetzgebende Körperschaft des Volkes von Nordwürttemberg-Nordbaden muß das demokratisch und direkt gewählte Landesparlament sein. Die Regierung des Landes als vollziehende Gewalt wird vom Parlament mit einfacher Mehrheit gewählt und besteht aus Ministern für einzelne Ressorts mit einem Ministerpräsidenten an der Spitze. Das ist einfach und klar. Der Wille des Volkes kommt so am unmittelbarsten zur Geltung. Aber unsere politischen Gegner haben Angst vor der Demokratie, Angst vor dem Willen des Volkes. Nach ihrer Absicht soll nicht der Landtag das alleinige gesetzgebende Organ des Volkes sein, nein, ihr Entwurf sieht eine

Dreiteilung der Gewalten

vor: Landtag, Senat und Staatspräsident. Es heißt über den Senat:

„Hierin soll die Erfahrung von Staatsbürgern, die sich um das öffentliche Wohl verdient gemacht haben, gegenüber dem auf Grund allgemeiner Wah-

len geäußerten Volkswillen (Landtag) zur Wirkung gebracht werden.“

Was soll dieser alte Zopf, der uns nur unnötig Geld kostet? Haben wir nicht genug alte Bürokraten, ewig Gestrige, Fragebogen-Demokraten mit langjährigster Erfahrung, in allen entscheidenden Positionen des Staates, die jedem Fortschritt abhold sind, die uns hindern, die gefährlichste Krise des Nach-Hitler-Deutschland tatkräftig abzuwenden? Wir verzichten auf die Erfahrungen von verdienten Männern, wenn sie gegen das Volk regieren sollen. Klein-Württemberg-Baden ist nicht Amerika. Und wenn wir auch eine amerikanische Militärregierung haben, so brauchen wir aus lauter Unterwürfigkeit doch nicht die Verfassung dieses Riesereiches nachzuahmen.

Durch den Einspruch des Senats gegen ein vom Landtag beschlossenes Gesetz kann nach dem Entwurf der endgültige Erlaß von wichtigen Gesetzen um vier Monate hinausgezögert werden. Das sind bei der heutigen Lage, wo wir sowieso gezwungen sind, von der Hand in den Mund zu leben, bedenkliche Aussichten. In der Ostzone werden ohne Senat und Staatspräsident Vierteljahrespläne aufgestellt und erfüllt.

In Baden-Württemberg gelang es nicht, für die Verfassungsfragen ein gemeinsames Vorgehen der SPD und KPD zustande zu bringen. Die Spuren eines Einheitsfeindes, wie des sozialdemokratischen Führers Schumacher, haben hier zu tiefe Eindrücke hinterlassen. So betonte z. B. der SPD-Sprecher im Vorparlament, daß er persönlich für die Schaffung eines Senats eingetreten sei, was wohl bedeuten soll, daß die SPD in diesem grundlegenden Punkt keine einheitliche Meinung vertritt. Wir hören, daß in Großhessen ein einheitliches Vorgehen von SPD und KPD in Fragen des Verfassungsentwurfs besteht. Warum nicht bei uns? Ist denn der Weg zur Einsicht völlig verbaut?

Wir mahnen auch bei dieser Gelegenheit wieder: Laßt uns einig sein! Eine reaktionäre Verfassung wendet sich später nicht nur gegen die SPD und KPD, sondern gegen das ganze arbeitende Volk.

Werktätige, wollt ihr Wiederaufbau, Fortschritt und wahre Demokratie, wollt ihr wenig Worte, dafür Taten, wollt ihr den Jammer der verpaßten Gelegenheiten von 1918 und 1933 vermeiden? —

dann handelt!

Rüttelt alle Lauen aus ihrem Winterschlaf auf! Sorgt dafür, daß in der Verfassungsgebenden Versammlung die Kräfte des Fortschritts den Kurs angeben, den Kurs auf eine wirkliche Volksherrschaft, auf eine unteilbare antifaschistisch-demokratische deutsche Republik!

Ing. Stark.

Die Erhaltung der Einheit Deutschlands ist die nationale Forderung, die heute mit dem größten Nachdruck und mit heißestem Herzen von allen gesunden Kräften unseres Volkes verteidigt werden muß; denn diese Einheit ist in akuter Gefahr!

ausfall gelassenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Nicht nur die Erhaltung einer großen zusammengefaßten geschaffenen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus. Wilhelm Pieck.

knecht eine reaktionäre Militärregierung. In dem Kampf gegen den Militarismus, in der er den Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Badische Landesbibliothek

Badische Landesbibliothek

Textilwaren und Haushaltsgegenstände . . .

Die Kommunistische Partei fordert in ihrem Sofortprogramm, zu dessen Verwirklichung sie mit allen antifaschistisch-demokratischen Kräften zusammenzuarbeiten gewillt ist, die sofortige Rückführung aller Ausweichlager. Nur allzu viele Geschäftsleute halten in unverantwortlicher Weise ihre Waren zurück, enthalten sie der total ausgebombten Bevölkerung vor, weil sie „wertbeständig“ sind und treiben sogar mit Textilwaren, Haushaltsgegenständen u. dergl. von ihren Ausweichlagern aus einen schwung- und nahrhaften Handel auf dem Lande. Wir fordern die zuständigen Behörden auf, die betreffenden Geschäftsleute unter Androhung der Geschäftsschließung zu veranlassen, Textilwaren aus Ausweichlagern und die gehorteten Haushaltsgegenstände restlos zu melden, damit der dringendste Bedarf der Bevölkerung gedeckt werden kann. Wir werden nicht zögern, an dieser Stelle nach angemessener Frist einen Textilhändler nach dem andern zu nennen, der es vorzieht, seine in Sicherheit gebrachten Waren gegen Eier und Butter einzutauschen oder auf ihnen herumzusitzen, bis „bessere Zeiten“ kommen. Wir fordern die Bevölkerung auf, uns dabei zu unterstützen und uns wahrheitsgemäß alle ihre Beobachtungen mitzuteilen, damit wir unser bereits vorhandenes Material ergänzen können.

Desgleichen möchten wir recht bald mehr Haushaltsgegenstände, Geschirr u. dergl. in den Mannheimer Ladenfenstern sehen. Wir wissen genau, daß eine Reihe namhaftester Mannheimer Firmen in- und außerhalb von Mannheim große Lager hat. Es besteht kein Anlaß, diese noch länger zurückzuhalten, und wir warnen alle direkt oder indirekt an diesen Machenschaften beteiligten Personen. Noch ist es Zeit!

Kapitalistische Agenten in der Verwaltung

bereiten Millionenschiebung vor!

Bei einer staatlichen Stelle in Baden, über die wir uns noch nicht näher aussprechen wollen, lagern Materialien im Werte von mehreren Millionen. Privatkapitalistische Hyänen versuchen dieses Material durch allerlei unsaubere Mittel in Besitz zu bekommen, um es selbst zu verwerten bzw. zu horten und es gegebenenfalls mit hohem Gewinn an die betreffende staatliche Stelle, an die eigentliche Besitzerin, zu verkaufen. Sie wenden dabei hemmungslos alle die Mittel an, die der Bevölkerung nur zu gut bekannt sind. Sie machen sich an die Militärregierung heran und versuchen sie zu beeinflussen, ja sie haben sogar schon Agenten und Mittelsmänner in die Verwaltung eingebaut, um sich in dieser und an andern Stellen ihren Einfluß zu sichern und mit deren Hilfe ihre dunklen Pläne durchzuführen.

Die „Badische Volksstimme“ verfolgt wachsam das Treiben der reaktionären Schädlinge und sie ruft ihnen und ihren Helfershelfern zu: „Hände weg vom Eigentum des Volkes!“ Wir wollen saubere Verwaltung, und wir werden schonungslos enthüllen, damit die Reaktion nicht das Werk der Errichtung eines wirklich demokratischen Staatsgebäudes unterwühlen kann.

Symbol der Einheit



Das Abzeichen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wird bald überall zu sehen sein: Das Zeichen der verschlungenen Hände, der Brüderlichkeit, das Symbol der Einheit aller Schaffenden in Stadt und Land!

Stimme aus Frankreich

zur Demokratisierung Deutschlands

Pierre Courtarde in der Zeitschrift „Action“ vom 12. April 1946:

„... Wir können nicht ein zweites Mal einer Weimarer Demokratie glauben. Die deutsche Demokratie ist uns wertvoll, aber der Friede ist es noch mehr...“

„... Die Haltung eines Teils der deutschen Sozialdemokratie, die sich mit allen Mitteln einer Vereinigung mit den Kommunisten widersetzt, der unklare Charakter des Aufbaues und der Zusammensetzung der Christlich-Sozialen Partei geben uns nicht genügend Garantie...“

Bis nicht wie im Osten die wirtschaftliche und politische Macht des deutschen Großkapitals und der Junker durch grundlegende Reformen gebrochen sein wird, wird das demokratische Frankreich berechtigt sein, scharfe territoriale Garantien zu fordern.

Sozialdemokraten und Kommunisten!

**K
SPD
D**

Schafft gemeinsame Arbeitsausschüsse der beiden Arbeiterparteien zur engsten Zusammenarbeit bei der Lösung aller praktischen Tagesaufgaben!

Bildet darüber hinaus überall dort, wo die erforderliche Übereinstimmung erzielt ist, gemeinsame Organisationsausschüsse zur Vereinigung beider Arbeiterparteien in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Die Zwietracht muß sterben, damit Deutschland lebe!

Pfarrer Eckert sagt:

Schumacher spricht nicht im Namen der Sozialdemokratischen Partei Südbadens!

Genosse Schumacher ist nicht der Führer aller Sozialdemokraten und vor allem noch niemals der in der russischen Zone gewesen! Genosse Schumacher ist auch nicht autorisiert, und das sage ich hier in aller Öffentlichkeit unter Zustimmung der sozialdemokratischen Freunde aus Südbaden, nicht autorisiert, im Namen der Sozialdemokratischen Partei Südbadens zu sprechen. Die sozialdemokratischen Genossen in Südbaden haben offen bekannt, daß sie in keiner Weise der Linie Schumachers angehören. Noch mehr. Die Sozialdemokraten in Südbaden haben am 1. Mai eine Zeitung genehmigt bekommen, die sie „Die Wahrheit“ nennen wollten. Diese Zeitung mußte für Südbaden und Württemberg gemeinsam herausgegeben werden. Die Südwürttemberger, die Trabanten des Genossen Schumacher sind, haben es abgelehnt, mit den Genossen von der Sozialdemokratischen Partei Südbadens mitzumachen, weil diese nicht mit Schumacher gemeinsame Sache machen. Nennt ihr das Demokratie? Nennt ihr das nicht eine viel schlimmere Parteidiktatur als jemals denkbar war?

Abend auf dem Lande

Ort der Handlung: Ein Dorf in der weiteren Umgebung Mannheims. — Personen: Ein Bäcker — ein Polizist — ein Mann.

Ein Auto hält vor einem Bäckerladen. Ein Mann mit 8, in Worten acht, Laib Brot verläßt den Laden. Ein zufällig des Weges kommender Polizist stutzt — hält den Mann an und fragt: „Wie kommen Sie zu dem Brot?“

„Das habe ich soeben auf Marken gekauft!“

„Machen Sie doch keine Witze, Mann — acht Laib Brot?“

„Wir sind zwölf Personen zu Hause, Herr Polizist!“

„Na schön, aber — da kommen Sie extra mit dem Auto zu uns aufs Dorf?“

„Das geht Sie nun gar nichts an! Das Brot von hier schmeckt mir besonders gut!“ sagte der Ham... — Verzeihung — der Mann, steigt in sein Auto und fährt ab.

Machtlos steht die Staatsgewalt, und ein Bäcker geht schimpfend — und grinsend in seine Kemenaten.

Die roten Fahnen

Von Grete Weise

Wir wollen Fahnen wie die Fackeln tragen, Hoch über unsern Häuptern soll'n sie weh'n! Was wollen Euch die roten Fahnen sagen?

Es glüht und lodert drin ein Aufersteh'n. Aus tiefer Not, aus Unterdrückungstagen — Wir alle, alle woll'n zusammensteh'n, Woll'n allesamt den Wiederaufbau wagen, Dann wird die Heimat auch nicht untergeh'n.

Auf, Brüder, laßt die roten Fahnen wehen, Hoch flammen sie im hellen Tagesschein, Als ein'ge Front woll'n wir zusammenstehen, Tod dem Faschismus soll die Losung sein!

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist

dank ihrer einheitlichen Parteiorganisation über ganz Deutschland hinweg, und ihrer einheitlichen Politik für alle Zonen, Länder und Provinzen,

das stärkste Element der Erhaltung der Einheit Deutschlands!

Die Bodenreform in Baden ist notwendig!

Der Graf von Berckheim besitzt in Baden u. a. folgende Güter:

Name des Betriebes	Größe Hektar	davon Wald
Breisach: Gut Rothaus (Oberrimsingen)	240,0	35
Staufen: Hofgut Weistetten	164,4	—
Weinheim: Muckenstürmer-Hof (Heddesheim)	46,0	—
Weinheim	246,5	—

Daneben hat er einen Teil seines Bodens verpachtet. Wenn wir den Besitz des Grafen von Berckheim im Zuge der demokratischen Bodenreform einem allgemeinen Bodenfonds zuführen, so können viele Bauernwirtschaften unter fünf Hektar, die bisher auf Pachtland angewiesen waren, zu lebensfähigen selbständigen Bauernwirtschaften gemacht werden. Außerdem können mehr als 100 Neubauernstellen geschaffen werden, d. h. Landarbeiter, Umsiedler, kleine Pächter und dergl. werden Selbstbesitzer einer lebensfähigen Bauernwirtschaft von fünf Hektar.

Dabei ist der Graf von Berckheim nur einer der kleinen Gutsbesitzer in Baden. Der Familienbesitz der Freiherren von Gemmingen, den wir als Beispiel anführen wollen, ist weitaus größer, und viel mehr Bauernwirtschaften könnten aus einer Enteignung gebildet werden.

Die Freiherren von Gemmingen besitzen:

Name des Betriebes	Größe Hektar	davon Wald
Eppingen:		
Dammhof (Adelshofen)	175,0	—
Sinsheim:		
Rauhof (Adersbach)	66,0	12
Hofgut Babstadt	98,0	—
Unterbriegelhof (Hasselb.)	125,0	72
Gut Eichersheim (Michelf.)	95,0	—
Gut Rappennau	196,0	67
Hofgut Treschklingen	167,0	—
Wiesloch:		
Hohenhardershof (Baiertal)	59,0	—
Mosbach:		
Hofgut Neckarmühlbach	85,0	—
Stockenbronnerhof	140,5	—

Auch die Freiherren von Gemmingen haben sicher noch größere Ländereien, die verpachtet sind. Sowohl das Land selbst, das sie als geschlossene Güter bewirtschaften, als auch das Pachtland, muß in den Besitz der werktätigen Bauern und Landarbeiter überführt werden.

Wir werden in der Folge noch eine ganze Reihe solcher adeligen Großgrundbesitzer in Baden nennen und den Nachweis führen, daß es sehr wohl eine badische Junkerkaste gibt und daß auch bei uns in Baden eine demokratische Bodenreform durchgeführt werden muß.

Der Kriegsverbrecher Krupp von Bohlen-Halbach

Großgrundbesitzer in Baden

Die Kommunisten fordern, daß der Grundbesitz aller Kriegsinteressenten, Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen enteignet und unter die kleinen Bauern, Landarbeiter usw. aufgeteilt wird.

Der bekannte Kriegsverbrecher Krupp von Bohlen-Halbach ist Großgrundbesitzer in Baden. Er hat im Amtsbezirk Karlsruhe den Rohrbacher-Hof bei Bruchsal mit 60 ha, den Scheckenbronner-Hof bei Heidelberg mit 67 ha in Besitz.

Wir fordern, daß der Besitz dieses notorischen Kriegsverbrechers auf schnellstem Wege einem badischen Bodenfonds zugeführt wird.

Wohlan denn zum Roden
Dem Bauern den Boden
Dem Junker zum Trutz
Uns allen zum Nutz

Der junge Graf von Berckheim sichert seine Güter auf Kosten der werktätigen Bauern!

Den Kleinbauern fehlt heute das Allernotwendigste für die Aufrechterhaltung ihres Betriebes. In den Landwirtschaftsämtern häufen sich die Anträge auf Zuteilung von Maschinen und Geräten für unsere Bauernschaft. Es ist uns unverständlich, daß in einem demokratisch geführten Lande meistens nur die Großen beliefert werden. So erfahren wir aus Heidelberg, daß 150 Anträge zur Belieferung mit Ackerschleppern vorliegen (Trecker). Bis jetzt sind nur vier geliefert worden, und der Graf von Berckheim erhält einen davon. Zur Zeit hat er insgesamt sechs Pflüge, d. h. 3 Wendepflüge und 3 Stelzpflüge, eine Sämaschine, Kultivator, Egge, Kartoffeldämpfer und eine Pflanzlochmaschine neu angeschafft. Ja! Graf von Berckheim besitzt weiterhin noch zwei Pferdegespanne und einen gebrauchten Bulldog. Seine Gesamtbewirtschaftung ist kaum 20 ha einschließlich dem Wingert. Das Land der Großen wird dazu noch schlecht bewirtschaftet. So konnte man beobachten, wie mit der Pflanzlochmaschine

auf einem Acker, der im Herbst gepflügt wurde, Kartoffeln gelegt wurden. Jeder Bauer weiß, daß schwerer Boden sich im Laufe des Winters und Frühjahr setzt und neu gelockert werden muß, bevor man Kartoffeln pflanzen kann. Des weiteren arbeitet die Kartoffelpflanzmaschine in schwerem Boden zu flach, und die Kartoffeln kamen hoch zu liegen. Weiter ließ Herr Berckheim im zeitigen Frühjahr 12 Morgen Wiesen zackern, und bis heute liegt das Feld noch brach; während ein badischer Kleinbauer auch in der Weinheimer Gegend mit zwei Pferden 10-12 ha Land bebaut, braucht der Berckheimsche Betrieb obengenannte Zugkräfte. Dabei wurde der Herr Großgrundbesitzer noch nicht einmal zum Holzfahren für die Bevölkerung herangezogen.

Da uns von einer Maschinen- und Geräte-zuteilung an Kleinbauern noch nichts bekannt wurde, ersuchen wir die zuständigen Landwirtschaftsämter um Aufklärung.

Besteht noch der Reichsnährstand?

Das Wirtschaftsministerium Württemberg-Baden, Abt. Landwirtschaft und Ernährung, gibt folgendes bekannt:

„Erfassung und Verteilung von Gemüse und Obst im Wirtschaftsgebiet Württemberg und Baden vom 10. April 1946.

Auf Grund der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 27. August 1939 (RGBl. I S. 1521) und der Verordnung über den Warenverkehr in der Fassung vom 11. Dezember 1942 (RGBl. I S. 686) wird angeordnet ...

Auf den im Reichsanzeiger 1944 Nr. 4 veröffentlichten und noch jetzt in Kraft befindlichen Erlaß des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, wonach ein Verkauf aus den Mengen der Selbstversorgerrationen und unter bestimmten Voraussetzungen auch das Verschenken aus solchen Beständen strafbar ist, wird ausdrücklich hingewiesen.“

Nach einem Jahr demokratischem Aufbau in Baden beruft man sich noch immer auf Nazigesetze von 1939, 1942 und 1944. Es hat sich im Wirtschaftsministerium noch niemand gefunden, der die Gesetze des Reichsnährstandes mit Hilfe der Bauern umgestaltet.

Die Bauern verlangen Pachtschutz

Der in Weingarten wohnende Landwirt Josef Gentner bebaut z. Zt. fünf Hektar Pachtland. Er hat bei dem ehemaligen Sparkassendirektor August Heidt, Bahnhofstraße, 37 Ar Wiesengelände gepachtet. Heidt hat nun Gentner die Pacht für das Wiesengelände gekündigt. Seine Tochter, Führerin der NS-Frauenschaft, überbrachte die Kündigung mit der Bemerkung, wenn Gentner die Pacht in Form von Eiern, Butter oder Speck zahlen könnte, so würde man die Kündigung rückgängig machen.

Wir fragen nun! Wie kommt der ehemalige Sparkassendirektor zu seinen sechs Hektar Grundbesitz, und seit wann bezahlt man die Pachten mit Eiern, Butter und Speck? Dies beweist uns, daß die Nutznießer des Dritten Reiches auch weiterhin ihre dunklen Geschäfte machen.

Nicht nur auf politischem Gebiet, sondern in allen Bezirken des öffentlichen und privaten Lebens

will die „Badische Volksstimme“ die Volksfeinde, Reaktionäre und deren Freunde

anprangern und entlarven! Reaktionäre und korrumpiertes Gesindel aller Art

sind die zwei Seiten der selben Medaille, sind zwei Hauptarten von Parasiten, die uns der Nazismus als Erbschaft hinterlassen hat. Sie sind unsere konkreten Gegner, ihnen gilt unser unerbittlicher Kampf!

Hilf mit, jeden einzelnen dieser Gauner in Verwaltung und Wirtschaft ausfindig zu machen. Du hilfst damit die schlimme Erbschaft des Nazismus zu tilgen, damit wir ein neues, sauberes demokratisches Deutschland aufbauen können.

Unsere Adresse: Redaktion der „Badischen Volksstimme“, Mannheim, S 3, 13

Die Schrift sagt: Was Gott vereinigt hat, soll der Mensch nicht trennen. Gott vereinigte ein Volk durch eine Sprache zu einem Leib. Die es zerfetzen, sind Volksmörder und Tyrannen. (Georg Büchner, 1813-37.)

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

... für die Errichtung einer großen Volksgemeinschaft geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus. Wilhelm Pieck.

knecht eine menschenwürdige neue Welt. Der Kampf gegen den Militarismus, in der er der Gedanken verfocht, den Klassenkampf in die Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Zweierlei Gerechtigkeit?

Der Schwetzingener Antifaschist Umhey, Leiter des Ernährungsamtes, befindet sich noch immer in Haft. Der Oberstaatsanwalt weigert sich konstant, seinem Antrag auf Haftaufhebung stattzugeben, mit der merkwürdigen Begründung, daß Umhey an seine Unschuld fanatisch glaube und deshalb „Verdunkelungsgefahr“ bestehe.

Der Landesdirektor Frey vom Landwirtschaftsamt Karlsruhe dagegen, der sich in wenigen Tagen wegen äußerst schwerwiegender Anschuldigung (im Zusammenhang mit dem Korruptionsfall der Gebrüder Stahl) vor den Schranken des Gerichts zu verantworten haben wird, läuft frei herum. Seine Behörde hat ihn „aus Gesundheitsgründen“ in den Ruhestand versetzt. Wir glauben, daß Frey nicht fanatisch an seine Unschuld glaubt, nicht glauben kann!

Auf ihrem Bezirksparteitag am 5. Mai 1946 hat die Kommunistische Partei, Land Baden, erklärt, daß sie den Fall Umhey als ausgesprochen politischen Fall betrachtet! Sie fühlt sich in dieser Auffassung erneut bestärkt durch die Weigerung, den Antifaschisten Umhey, dem die Bevölkerung Schwetzingens durch tausende von Unterschriften ihr Vertrauen ausgesprochen hat und für den von privater Seite die Hinterlegung einer sehr hohen Kautions angeboten worden ist, bis zur Durchführung eines

ordentlichen demokratischen Gerichtsverfahrens auf freien Fuß zu setzen.

Soll das deutsche Volk erneut hilflos einer Verwaltungs- und Justizmaschinerie ausgeliefert sein, die, wie in der Weimarer Republik, mit administrativen und formaljuristischen Mitteln die Kräfte des Fortschritts ausschaltet und der Reaktion in den Sattel verhilft?

Warum keine Antifaschisten als Treuhänder?

In unserer letzten Nummer (Nr. 4) brachten wir unter obiger Überschrift einen Bericht über das unerklärliche Verschwinden von 4 to. Zucker und Reis aus dem Betrieb eines unter Treuhänderschaft stehenden Pg. Leider ist uns dabei ein Fehler unterlaufen.

Wir berichtigen: Es handelt sich nicht um einen Lebensmittelhändler Hens, sondern um den Lebensmittelhändler Kast, in L. 8. Seine Frau ist die Treuhänderin, und es wird natürlich durch allerhand Manipulationen versucht, den Tatbestand zu verschleiern.

Das wird in diesem Falle nur solange gelingen, bis das Volk selber die Maßnahmen wirklicher demokratischer Behörden mitgestaltet und ihre Ausführungen weitgehendst kontrolliert. Volksnahe Selbstverwaltungsorgane und breiteste Volkskontrolle, das ist das Wesen der Demokratie, das ist Volksherrschaft.

So sieht die neue Justiz aus!

22. Juni 1933 — nachts ein Uhr. In dem Hause eines Antifaschisten liegt alles in tiefstem Schlaf. Plötzlich entsteht vor der Haustüre ein Radau — genagelte Stiefel trampeln draußen herum und dazwischen ein paarmal eine tierische Stimme — Aufmachen! Aufmachen! Dann das Krachen und Splintern von Holz — die Tür wurde eingeschlagen! Im Nu stehen vier SA-Helden vor dem Bette des Antifaschisten und befehlen ihm, sofort mitzukommen. Er wurde in den Keller eines SA-Lokals gebracht, über einen Sandkasten gezogen, das Gesicht wurde ihm in den Sand gedrückt, und dann begannen diese „Helden“ den Mann mit Gummiknüppeln zu bearbeiten, bis der Gequälte kein Gefühl mehr im Körper hatte. Der damalige Nazi-Wachtmeister des Städtchens, der auch mit von der Partie war, schnappte nun den Bedauernswerten an der Brust und sagte: „Du warst im ‚Heldenkeller‘, aber passiert ist Dir nichts — klar?“ Ein Tritt vom Sturmführer ins Kreuz, und der Bedauernswerte fiel auf die Stufen der Treppe. Er wankte noch bis zum Tor des Lokals, wo er zusammenbrach und etwa eine Stunde bewußtlos liegen blieb.

Acht Tage später wurde der Antifaschist verhaftet unter dem Verdacht, die „Hitlerlinde“ abgeschnitten zu haben. Ohne Verhör wurde er dort 18 Tage festgehalten, ohne seinen Gesundheitszustand zu berücksichtigen.

Zwölf Jahre wartete der Mann auf den Tag, an dem er an einem ordentlichen Gericht Sühne für die Tat dieser Untermenschen verlangen konnte. Nach der Neuausrichtung der deutschen Justiz durch die Militärregierung wandte er sich an ein solches. Und er bekam die Antwort:

„Das Verfahren wurde eingestellt. (!) Die Beschuldigten haben sich damit wegen gefährlicher Körperverletzung (§ 223a RStGB) und Freiheitsberaubung (§ 239 RStGB) strafbar gemacht. Vergehen verjährt nach § 67 Abs. 2 RStGB in spätestens fünf Jahren. Dem Anzeiger war es bisher nach der Einstellung des vergangenen Staates praktisch unmöglich, Sühne für die an ihm

begangene strafbare Handlung zu erlangen, jedoch nach Ablauf einer sehr langen Zeit (so ist in diesem Schreiben zu lesen) besteht kein Bedürfnis für die Bestrafung mehr. (!) Maßgebend ist hierbei die Erwägung, daß im Strafrecht sehr oft den öffentlichen Ueberlegungen der Vorrang zu geben ist. (!)“

Soweit der Auszug aus der Stellungnahme eines deutschen Gerichts!

„Wo bleibt Recht und Gerechtigkeit?“ fragt der Betroffene. Diese Worte, daß öffentlichen Ueberlegungen der Vorrang zu geben ist — klingen sie nicht wie ein Hohn —? Das vom nazistischen Joch befreite deutsche Volk und nicht zuletzt die politisch Verfolgten glauben, daß die „öffentliche Meinung“ in diesem Falle die unnachsichtige Verfolgung und Bestrafung dieser Verbrecher fordert! Der breiten Öffentlichkeit ist es unverständlich, wenn ein Gericht solche Schandtat nicht sühnt. Die Öffentlichkeit verliert den Glauben an die Sauberkeit und Unbestechlichkeit der Justiz, wenn sie mit Wendungen und Phrasen dem gesunden Rechtsempfinden des Volkes Hohn spricht.

„Entnazifizierung“ im Westen?

Die Aufdeckung nazistischer Umtriebe am laufenden Band, die sich häufenden Zeichen einer gesteigerten Wühlarbeit faschistischer und reaktionärer Elemente in den westlichen Zonen Deutschlands, machen es offenbar, daß trotz aller Verfügungen und Gesetze mit der Entnazifizierung nicht alles in Ordnung sein kann.

Ueber die Lage in der amerikanischen Zone liegen maßgebende Äußerungen der prominenten Vertreter der amerikanischen Militärverwaltung, Bernstein und Nickson, vor, die nach der Rückkehr nach den USA das Vorgehen der Besatzungsbehörden einer scharfen Kritik unterzogen und sie der direkten Sabotage des Entnazifizierungs-

programms beschuldigt haben. Nach einer Meldung des Korrespondenten Morgan von der „Chicago Daily News“ bekleiden in der amerikanischen Zone noch über eine Million Mitglieder der Nazipartei die verschiedensten Posten.

Es ist kein Wunder, daß sich das sowohl die Nazileute als auch die Reaktionäre aller Schattierungen, ob sie nun noch in Amt und Würden sind oder nicht, zunutze machen und immer offener und unverschämter aufzutreten wagen. Es hilft nichts, wenn man einzelne faschistische Funktionäre und Reaktionäre verhaftet, nur durch die konsequente und entschlossene Durchführung der Potsdamer Beschlüsse über die Entnazifizierung kann der Grund, auf dem der Nazismus gedieh, entgiftet, der reaktionäre Sumpf trockengelegt werden.

Aus der Vergangenheit eines Neu-Demokraten

Baugewerks-Innung
Mannheim

Mannheim, 4. 11. 41.

Betr.: Wunschkonzert der Kreisleitung.

Die Kreisleitung Mannheim der NSDAP hat sich an mich wegen Beteiligung an dem demnächst stattfindenden Wunschkonzert der Kreisleitung gewandt, um die in Frage kommenden Betriebe zu einer angemessenen Spende zu bewegen.

Ich bitte Sie, für das am 16. Nov. 1941 stattfindende Wunschkonzert einen Ihrem Ermessen anheimgestellten Betrag auf das Postscheckkonto der Baugewerks-Innung Mannheim: Ludwigshafen 19102, zu überweisen mit dem ausdrücklichen Vermerk „Wunschkonzert“.

Heil Hitler!

Der stellv. Obermeister:
gez. Sieber.

*

Baugewerks-Innung
Mannheim

Mannheim, 16. 1. 1942.

Sehr wichtig!

Betr.: Gaustraßensammlung am 17. und 18. Januar 1942.

Einbestellung!

Sie werden zu der am Sonntag, den 18. Januar 1942 stattfindenden Gaustraßensammlung als Sammler eingesetzt.

Sie haben für Ihren Betrieb 2 Sammler (Meister, Gesellen oder Lehrlinge) vormittags 9 Uhr auf der Geschäftsstelle der Ortsgruppe der NSV zu stellen.

Heil Hitler!

Der stellv. Obermeister:
gez. Sieber.

*

So sieht die Vergangenheit eines Neu-Demokraten aus. Wir überlassen es dem Leser, sich ein Bild davon zu machen, wie „ihre“ Demokratie aussieht. Siebert ist Mitglied des Vorparlaments — Handwerkskammerpräsident —, Kreishandwerksmeister —, Obermeister —, selbständiger Maurermeister, und, wie könnte es auch anders sein — Mitglied des Entnazifizierungsausschusses der Stadt Mannheim. Kein Wunder — er bringt alle Voraussetzungen dazu mit!

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber und Karl Schneider, Mannheim, S 3, 10. / Auflage 30 000. / Druck: Gebrüder Diesbach, Weinheim/Bergstr., Friedrichstr. 24. / Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Fr. 10. 4. 46.